

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 143.

Diez, Dienstag, den 29. Juni 1920.

26. Jahrgang.

Die neue Regierung vor dem Reichstag.

Eigener Drahtnachrichtendienst der „Diezer und Emser Zeitung“.

Berlin, 28. Juni, 1920 (Sig. Drahtber.)

Heute hat sich die neue Reichsregierung dem Reichstag vorgestellt. Ein solches Ereignis gibt der Sitzung des Reichstages jedesmal den Charakter eines großen Tages. Auch heute hatte sich vor dem Reichstag eine fast noch größere Menge von Schauspielern, als an den vorhergehenden Tagen eingefunden.

Reichskanzler Fehrenbach erscheint im Saale und stellt sich zu seinem schon anwesenden Kollegen in der Regierung. In der langen Reihe der Minister fehlte nur der Reichsverkehrsminister Gruener. Somit sind für alle zur Stelle. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen erhebt sich Reichskanzler Fehrenbach an seinem Platz. Fehrenbachs Gewohnheit ist es nicht, Reden abzusagen. Die Einleitung seiner Rede trägt er auch heute wieder ohne jede schriftliche Unterlage vor. Den Wortlaut des Programms hält er, wie er sagt, für wichtig genug, um ihn trotz seiner Abwesenheit gegen das Ablesen von Notizen im Anschluß an das Manuskript vorzutragen. Diese, den größten Teil seiner Rede ausfüllende programmatische Erklärung liest er vom Rederpult ab.

Die Einführungsrede des Reichskanzlers Fehrenbach.

Die Wahlen für den ersten Deutschen Reichstag sind vorüber. Ihr Ergebnis spiegelt die Krisis wieder, in der sich unser öffentliches, politisches Leben befindet. Ueber deren Ursache mich zu äußern, ist nicht meine Aufgabe. Der Volkvertretung und der Regierung ist es jetzt darum zu tun, trotz dieser Krisis das Reichsschiff über Wasser zu halten, es zu steuern und vor dem Schiffbruch zu bewahren.

Der ersten Verantwortung, die sie der Volksgemeinschaft gegenüber übernommen hat, ist sich die neue Regierung bewußt. Im weiteren dankt Fehrenbach für die geleistete Arbeit der alten Regierung. Hieran verlas der Reichskanzler die Ministerliste und fuhr dann fort: Das Programm der neuen Regierung ist das Ergebnis einer sorgfältigen Beratung des ganzen Kabinetts. Hochachtungsvoll ergab sich dabei eine lückenlose Übereinstimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder.

Der Reichskanzler entwickelte darauf das Programm der neuen Regierung, wies auf den Zwang der Verhältnisse hin, die der Regierung die Marschroute bis zu einem gewissen Grade vorschreiben und bestimmte nachdrücklich die Kontinuität zwischen der alten und der neuen Regierung. Dann kam er auf die Aufgaben und die Auswirkung der neuen Regierung zu sprechen. Dann wandte sich der Reichskanzler der inneren Politik zu und verlas die bekannten bei den Besprechungen der Parteiführer vereinbarten Ziele, wonach die wichtigste Aufgabe der neuen Regierung der Wiederaufbau des Reiches auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform ist. Dieser Satz wurde mit lebhaftem Bravo begleitet. Dann erfolgte der Appell an die Zusammenarbeit aller Parteien und die Kampfanfrage gegen jede Klassenberechnung. Weiter unterstrich der Reichskanzler mit scharfer Betonung, daß die Regierung jeden Appell an die Gewalt, woher er auch kommen möge, ablehnen werde. (Lebhaftes Bravo!) Den einzelnen deutschen Völkern verleiht der Reichskanzler unter der Herrschaft der neuen Regierung Freiheit der Entwicklung. Sehr überausente Zustimmung lehnt er ab. Die bedauerliche Kluft zwischen Volk und Staat muß überbrückt werden. Dann wandte sich der Reichskanzler der Erweiterung der Reichsinvestitionen zu. Er behauptete unser Volk davon, daß es auch den Zusammenbruch der Welt in ihrer ganzen Größe erkennen kann. (Zustimmung.) Darum muß die Sanierung der Reichsfinanzen mit allem Nachdruck gefordert werden. Dazu bedarf es eines großen Maßes von Pflichtbewußtsein im gesamten Volke. (Sehr wahr.) Vor einem Jahre hatte das Reich erst 4,5 Milliarden laufende Einnahmen. Wenn die neu erschaffenen Einnahmequellen sich entsprechend der Ertragssteigerung für 1920 entwickeln, so werden an Steuern 24 Milliarden einkommen (Beifall), darunter allerdings 3 Milliarden die Einnahmen der Steuern. Aber trotz dieser Steuermasse werden die Schulden wachsen. Die Gefahr, die durch das beängstigende Anwachsen unserer Schuld droht, wird durch die und zu jobotieren. Steuerabgabe in diesem kritischen Augenblick ist ein Verbrechen am Volke. Wie nun die Volkswirtschaft abhängt von der Grundlage der Finanzen, so wird umgekehrt die Wiederaufstellung unserer Wirtschaft gefördert durch die Wiederaufstellung unserer Wirtschaft. Unsere Einnahmequelle ist nach, wie vor in

hohem Maße besorgniserregend. In einigen Teilen des Reiches sind wegen unzureichender Versorgung bereits ernste Unruhen entstanden. Die Einkünfte der Reichsgetreidekasse aus den inländischen Ablieferungen sind unzureichend. Die Kartoffelversorgung ist gegenwärtig befriedigend. Eine Verbesserung unserer Versorgung darf besonders von der begonnenen Forderung der Zwangswirtschaft erwartet werden. Wir kommen zu den Grundkräften unserer Wirtschaft. Wie für die Landwirtschaft, so sind auch für die gesamte weiterverarbeitende Industrie die Ertragskräfte unsere Bergbaues die Grundbedingung ihrer Existenz und ihres Aufstieges. Die Arbeiten der Sozialisationskommission sollen fortgesetzt und von der Reichsregierung gefördert werden. Zweck und Erfolg jeder Sozialisierung muß Steigerung der Produktion sein. Die Probleme unserer Wirtschaft sind auf dem Boden des völlig freien Spiels der Kräfte nicht zu lösen. Es bedarf dazu einer zielbewußten Volkswirtschaft, die in jeder Weise auf das Gemeinwohl eingeht. Zur Durchführung dieser Politik wird das Zusammenwirken der Wirtschaftskräfte beitragen. An der Fortführung der Sozialreform, hält die Regierung fest. Die große Reform der Reichsversicherungsordnung bedarf zwar noch eingehender Vorbereitungen.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein lautes Schlusswort. Wir sind eine sogenannte bürgerliche Regierung, aber nicht durch unsern Willen. Der freiwillige Verzicht der Sozialdemokratie auf die Mitarbeit in der Regierung legt der betreffenden Partei Verpflichtungen auf gegenüber einer Regierung, die nicht gegen die Arbeiterchaft, sondern wie bisher mit ihr und für sie wirken will, deren dringlichste Sorge dem wertvollen Volk zuwenden soll, wertvoll im weitesten Sinne aller körperlich und geistig Ringenden, den Arbeitern in der Landwirtschaft, im Handwerk, in der Fabrik, im Bergbau, den Arbeitenden auf allen Gebieten auch des geistigen und künstlerischen Schaffens. Wir wollen sein eine Regierung der Versöhnung. In einer Stunde der Not und folgenreicher Entschlossenheit treten wir vor den deutschen Reichstag. Gemeinsam wollen wir schaffen, Trennendes zurückstellen, uns zusammensuchen im Gedanken des Opfers für das große Ganze.

Die Rede Fehrenbachs war ein Meilenstein. Das Programm der Regierung ist ein glückliches Manifest, guten vaterländischen Willens, und die Hoffnung begleitet die Regierung in ihre neue Amtstätigkeit, daß diesem Wollen ein starkes Handeln folgen möge, auf daß das Programm zur Tat werde.

Präsident Lobe schlägt vor, die Aussprache über die eben erfolgte Regierungserklärung nach der Mittagspause beginnen zu lassen. Das Haus ist damit einverstanden.

Bestellen Sie

dieselbe sofort für das
3. Quartal 1920
dann

Die Sitzung wird um 3,20 Uhr wieder eröffnet. Das Haus tritt ein in die

Aussprache über die Regierungserklärung.

Abg. Scheidemann (Soz.) Das Programm der Regierung läßt manches vermissen, was wir ganz darin festgelegt gesehen hätten, aber es enthält doch manches, dem wir zustimmen können. Es bleibt abzuwarten, ob die Haltung der Regierung der gegebenen Erklärung entspricht wird. Selbst schon heute können wir aussprechen, daß wir, auch wenn wir bald in hiesige Rede mit dem Reichskanzler geraten sollten, in die Güte seiner Absichten und die Reinheit seines Willens kein Zweifel setzen werden. (Beifall.) Er und seine Regierung kennen uns gut genug, um zu wissen, daß ihnen unser stärkster Widerstand sicher ist, wenn sie die Bahnen verlassen, auf denen eine gute Zukunft des deutschen Volkes herbeigeführt werden kann. Wenn Deutschland zum erstenmale wieder eine sozialistische Regierung hat, so ist das lebhaft der Politik der Unabhängigen zu danken. (Widerstand links.) Für jeden Schaden, der der Arbeiterchaft erwächst, werden sie die Verantwortung tragen. Wer die Arbeiterchaft zu unbedachten Aktionen auffordert, — das richtet sich gegen keinen hier im Saale — der macht sich bewußt oder unbewußt, bezahlt oder unbezahlt, zu ihren Feindern. Wir müssen die Arbeiter ganz besonders in der jetzigen Zeit, vor unüberlegtem Tun warnen, denn es gibt Menschen, denen Unbesonnenheiten gerade in der jetzigen Zeit besonders willkommen wären. (Sehr gut!)

Ich kann Ihnen nur zurufen, meine Herren von der Regierung, hüten Sie sich, vergessen Sie nicht, daß jeder Stein, den Sie nach rechts rücken, durch einen anderen Stein nach links wieder aufgewogen wird. Es geht um die ruhige Entwicklung Deutschlands, die nicht auf Spiel gesetzt werden darf. Ich möchte dringend wünschen, daß den Herren mit dem Amte auch die bessere Einsicht käme.

Wenn wir aus der Koalition herausgegangen sind, so bedeutet das nicht, daß wir uns von unserer Vergangenheit abwenden, um Ruhe zu tun in Sad und Asche. Wir stehen zu unseren Taten und zweifeln nicht daran, daß die, die sich von uns abgewandt haben, zurückkehren werden.

Der Redner bespricht dann den Freispruch der Marburger Zeitfreiwilligen. Seine Partei empfindet den Freispruch als eine Schmach, die dem ganzen Lande angetan ist. (Sehr richtig!)

Redner stellt eine Reihe von Forderungen im Namen seiner Partei auf. Die Regierung wird das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes energisch betonen müssen. Wenn sie in diesem Sinne die Interessen des deutschen Volkes wahrzunehmen gesonnen ist, kann sie überzeugt sein, daß sie in diesen Tagen die Nation in ihrer eindrucksvollen Mehrheit hinter sich hat. (Beifall.) Wir sind nicht geneigt, die schwierige Lage, in der unser Volk sich befindet, aus rein agitatorischen Gesichtspunkten noch zu steigern. Nach ihren Arbeiten werden sie beurteilt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour (USP.): Die Wahl ist eine Beurteilung der bisherigen Koalitionsregierung. Alle Koalitionsparteien, insbesondere die Partei Scheidemanns, sind bei der Wahl nach allen Regeln zusammengehangen worden. Wir würden unserer ganzen Vergangenheit ins Gesicht geschlagen werden, wenn wir in eine solche Koalitionsregierung eingetreten wären. Selbstverständlich kann es Umstände geben, in denen auch wir, um Schlimmerem entgegenzuwirken, die Regierung übernehmen müssen. Dann ist aber die Voraussetzung, daß wir die Entscheidung in der Regierung in der Hand haben. Wir hätten in das Kabinett auch dann nicht eintreten können, wenn Dr. Scheidemann darin gewesen wäre. Denn die sozialdemokratische Partei vertritt nicht mehr die Interessen der revolutionären Arbeiterchaft; sie hat seit vier Jahren eine bürgerliche Politik betrieben. Wir können der neuen Regierung nicht mit Vertrauen entgegensehen. Es sind achtbare Männer, aber sie sind mit ihrer ganzen politischen Vergangenheit behaftet. Der Redner kritisiert dann das Regierungsprogramm im einzelnen.

Abg. Herzig (Deutschnat.) kritisiert die Art des Zustandekommens der Regierung. Das parlamentarische System in Deutschland hat nach dem Verhalten seiner Väter jeden Hauch bankrott gemacht. (Sehr richtig! rechts.) Wir wissen nun klipp und klar, welchen Standpunkt die Unabhängigen einnehmen. Sie bekämpfen jede formale Demokratie und jede Koalitionsbildung. Sie erkennen also den Artikel 54 der Reichsverfassung nicht an. Sie verlangen den proletarischen Klassenkampf. Die Unabhängige Partei hat sich damit außerhalb der Verfassung gestellt. Solange ich Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei bin, können Sie versichert sein, daß wir die Verfassungstreue aufrecht erhalten werden bis zum Äußersten.

Redner kommt nach weiteren Ausführungen zu folgender Schlussfolgerung: Angesichts dieser Tatsache gab es nun nach unserer Auffassung nur noch einen Weg: Die Bekämpfung aller bürgerlichen Parteien. Aber man wollte auch nicht mit uns zusammengehen. Man wollte uns ausschalten und an die Seite stellen. Darum hat man unser Programm gar nicht erst einmal angehört. Was das Zentrum betrifft, so hat uns Trimborn eine Unterredung gewährt, bei der uns den Gang der Verhandlungen freundlich überblickte. Das Zentrum stand noch unter der Hypnose der alten Koalition und war gewarnt, auch in Zukunft in dieser Koalition zu bleiben. Die jetzige Koalitionsregierung ist ein Verlegenheitsprodukt. Es ist

Erhalten Sie

die 1. Juli-Ausgabe der Emser
u. Diezer Zeitung; auch räuslich
zugekelt.

war eine bürgerliche Regierung, aber wie wir nach den ganzen Vorgängen befürchten müssen, mit einer starken Neigung nach links. Sie werden es verstehen, daß wir nach den letzten Vorgängen dieser Koalition sehr kühl gegenüberstehen und uns abwartend verhalten. Wir wollen nicht den Anschein erwecken, als ob wir an eine dauernde Regierungsfähigkeit und einen dauernden Erfolg glauben. Andererseits verkennen wir nicht, daß regiert werden muß. Die regierungslöse, schreckliche Welt muß ein Ende nehmen, zumal nach den alarmierenden Nachrichten aus dem Lande, und außerdem stehen wir vor Spä. Was die Verpflichtung zur Herabsetzung der Heeresstärke betrifft, so können wir dem Grundgedanken der Herabsetzung auf das notwendige Maß voll und ganz zustimmen. Was die Fragen der inneren Politik angeht, so hätte man gern etwas vom Reichskanzler über die Aufrechterhaltung der Autorität gehört. Die Entpolitisierung der Reichswehr und Sicherheitsorgane ist unbedingt notwendig. Der Abbau der Zwangswirtschaft sollte nicht „alsbald“, sondern „sofort“ erfolgen. Wir stehen durchaus auf dem Boden des liberalistischen Prinzips. (Na, Na! bei den Demokraten Unruhe.) Die Regierung darf den Weg nicht weiter beibehalten, der zur Abplitterung

Süddeutschlands und zur Befestigung Preußens führen muß. Wenn der Reichstagsrat auf den Artikel 18 hingewiesen hat, so gibt uns das zu denken. Dieser Artikel geht zu Lasten Preußens. (Abg. Muffe.) Gegen eine Befestigung Preußens würden wir in schärfster Weise Front machen müssen. Wir werden kein Mißtrauensvotum gegen die Regierung einbringen, und auch nicht ein solches mitmachen, wenn es von anderer Seite beantragt würde. Ich spreche aber mit Herrn Scheide- mann, wenn ich sage: Wenn die Regierung nicht nach den Grund- sätzen verfahren sollte, die wir als Staatsnotwendigkeit be- zeichnen, so ist es selbstverständlich, daß wir in Oppositions- stellung stehen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 30. Juni, 1 Uhr mittags. Tagesordnung: Interpellationen und Fortsetzung der Ver- handlung über die Regierungserklärung. Schluß 6.30 Uhr.

Politische Wochenschau.

Die unendlich verwirrte Lage der inneren Politik Deutschlands ist in der letzten Woche noch schärfer zum Ausdruck gekommen. Die Wählermassen haben auch bei den Wahlen in den einzelnen Ländern und in den Gemeindegewählten für Groß-Preußen im wesentlichen sich nach rechts und nach links gewandt und dadurch die alte Koalitions- möglichkeit unmöglich gemacht. In Preussisch-Pommern hat sich eine unabhängige Regierung gebildet. Im Reichstag hat sich ein parteipolitisches Lager gebildet, das sich mit SPD. gegenüber einer sehr schwachen Minderheit der Rechts- parteien befindet. Man hofft, daß diese Mehrheit nicht in ein parteipolitisches Lager zerfällt. Daraus könnten sonst sehr üble Früchte entstehen. Endlich ist es nunmehr gelungen, ein Kabinett zusammenzubringen. Erst nach vielen unendlichen Schwierigkeiten und unendlich langen Verhandlungen, ist dieses endlich gelungen. Es sollte ein Kabinett gebildet werden, ja es sollte — aber es wurde wieder- um ein überwiegendes Parteiministerium. Genau nach dem Stützeverhältnis der einzelnen Parteien gemessen, ist das Ministerium zusammen getreten. Jedoch zu spät um dem neuen Reichstag am Donnerstag vorzulegen zu werden. Der Reichstag hat an seinem ersten Tage die Geschäfts- sache erledigt und den Alterspräsidenten und Reichstags- präsidenten, sowie die Stellvertreter des letzteren gewählt. Wie schon aus einer gestrigen Zeitungsmitteilung bekannt ist, wurde Abg. Löbe (Soz.) zum Reichstagspräsidenten gewählt. Die Zeiten ändern sich wieder, der Geschäftsmann wird hoflicher, derselbe wieder wird überlaufen von Reisenden, die Waren anbieten. In allen Branchen, sowohl Lebensmittel als auch sonstige Erzeugnisse ist deutlich ein Preissturz be- merkbar. Es werden wieder Projekte gegeben, ja selbst die Hälfte der Fahrt erlegt. Nur die Obstpreise wollen nicht fallen und sind entgegen der großen Menge, in welcher sie uns dieses Jahr geschenkt wurden, enorm teuer. Anlässlich dieser Teuerung sind auch im ganzen Reich in allen bedeu- tenden Städten Lebensmitteltransaktionen entstanden. Den Mel- dungen nach hat man Kommissionen gebildet in diesen Städten, die den Preis festsetzen. Obwohl ein Preisabau zu wünschen ist, ist es jedoch zu verurteilen, daß man zur Selbsthilfe schreitet. Das Tragikomische dabei ist, daß wie es in Mainz geschah, diese Preisfestsetzung und die Verteilung der Waren unter den Äußer der Polizei stattfand. Den gleichen Ausbruch hat der 10prozentige Abzug vom Arbeitslohn in Angestellten- und Arbeiterkreisen hervorgeru- fen. Den neuesten Meldungen zufolge hat man mit Ein- verständnis des Reichsfinanzministers den Stichtag auf den 15. August festgesetzt. Vielleicht wird man noch weiter gehen müssen, denn in sämtlichen Kreisen besteht die An- sicht, daß es sein unding ist mit dieser Steuererhöhung. Der Lohnabzug an sich ist sicher etwas Gutes, jedoch in einem solchen hohen Prozentsatz nicht. Endgültig ist nunmehr die Konferenz von Spa auf den 5. Juli festgesetzt worden und alle vorbereitenden Arbeiten in Spa selbst sind im Gange. Augenblicklich finden die Vorbereitungen in Bou- logne statt. Die Konferenz von Spa ist eine äußerst wich- tige Tagung für uns Deutsche. Hoffentlich kommt die Ein- sicht, daß es ein Unding ist mit dieser Steuererhöhung, alle Schritte nachzukommen, ohne sein eigenes Leben, seine eigne Wirtschaft, zu ruinieren. Die Besprechungen mit Krasin, dem bolschewistischen Abgesandten in London werden nunmehr von Privatbanciers weiter geführt und dadurch auch aller Wahrscheinlichkeit nach zum Ab- schluss gelangen.

Hindenburg an die Obersteileiter.

Heute, 29. Juni. Generaloberst Hindenburg an die Obersteileiter der „Obersteileiter der Landeszeitung“ zufolge an die Obersteileiter folgenden Aufsatz:

„Obersteileiter! In schweren Schlachten habe ich Euch einst vor dem feindlichen Einbruch bewahrt. Eure Söhne, Brüder und Väter haben damals als brave Soldaten mit uns gestanden; gegenseitiges Vertrauen hat uns fest verbunden. Darum glaube ich, das Recht und die Pflicht zu haben, Euch in dieser über Euer Schicksal entscheidenden Stunde folgenden zu rufen: Wollt Ihr Euch wirklich durch Verleumdungen ver- leiten, von Preußen und Deutschland loszusagen? Wollt Ihr wirklich Verrat üben an dem Lande, dem Ihr Eure ganze friedliche Existenz verdankt? Wollt Ihr denn nicht, daß Ihr dadurch ins Elend gerathen werdet, daß Eure blü- hende Industrie vernichtet wird, daß Ihr der Arbeitslosig- keit und dadurch dem Hunger verfallen und bald, wie schon so viele jenseits der Grenze gezwungen sein werdet, in aller Welt Fremden zu sein? Wollt Ihr denn nicht, daß Euch in dem unruhigen Polen neue Kämpfe bevorstehen werden? Ober- steileiter! Ich kann es nicht glauben, daß Ihr von uns gehen wollt. Hört auf mich, denn ich meine es treu mit Euch! Ich bleibe bei uns.“

Die Lebensmittelunruhen.

Hamburg, 28. Juni. In verschiedenen Stadtteilen kam es zu Lebensmittelunruhen. Die Lebensmittelgeschäfte wurden von der Menge gezwungen, die Waren zu billigen Preisen abzugeben. Auf dem Großen Deumarkt ereignete sich ein Zusammenstoß zwischen der Sicherheitswehr und der Volksmenge, wobei die Wehr mehrere Schreckschüsse abgab. Belagerungszustand über Hamburg.

Berlin, 28. Juni. In Hamburg ist dem Verl. Lok- tag, zufolge der Belagerungszustand wegen der dort statt- gehabten Lebensmittelunruhen verhängt worden.

In Magdeburg.

Magdeburg, 25. Juni. Auf dem hiesigen Wochen- markt kam es heute morgen infolge der hohen Lebens- mittelpreise zu Ausschreitungen, die schließlich in Tätlich- keiten ausarteten. Vertikale Polizei säuberte den Platz und die angrenzenden Straßen und stellte die Ruhe wieder her.

In Oldenburg.

Oldenburg, 25. Juni. Heute morgen versammelten sich hier eine große, nach Tausenden zählende Menschen-

menge auf dem Pferdemarkt und zog von dort trappweise durch die Gassen und stellte an die Geschäftsinhaber die Forderung, die Preise für Lebensmittel, Schuhwaren und Konfektionswaren um ein Drittel herabzusetzen, ein Ueber- wachungsausschuß werde in kurzer Zeit die Geschäfte auf- suchen und zu Zwangsmaßnahmen greifen, wenn die Ge- schäftsinhaber der Aufforderung nicht nachkommen seien. Der Zug bewegte sich dann zum Marktplatz, wo in Zu- sprachen zur Ruhe und Ordnung aufgefordert und betont wurde, daß sich diese Kundgebung nicht gegen den Lohn- abzug und auch nicht gegen die Reichswehr und Sicherheits- polizei, sondern lediglich gegen die Warenpreise richte. Man verhandelte heute mit dem Magistrat und mit dem Minis- terium über die Festsetzung der Preise. Sollte bis morgen keine Herabsetzung der Preise erfolgt sein, so soll in den Betrieben die Arbeit niedergelegt werden.

Zwangsweise Preiserabsetzung in Duis- burg.

Duisburg, 28. Juni. Auf dem heutigen Gemüse- und Obstmarkt erging eine große Menschenmenge die Herabsetzung aller Preise von Obst und Gemüse. Die Hän- der mußten die Preise für zwei Mark das Pfund, die Gurken für eine Mark und alle anderen Preise annähernd um die Hälfte herabsetzen. In Zwischenfällen kam es nicht. Ein hartes Polizeieingreifen sorgte für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Obst- und Gemüsepreise in Westfalen.

Herne, 26. Juni. Vom Oberpräsidenten in Münster sind der Herne Zeitung zufolge folgende Preise für Obst mit dem Ersuchen um Weitergabe an die umliegenden Städte und Kreise mitgeteilt worden: Erdbeeren 3 Mark das Pfund, Kirschen 2 Mark das Pfund, Johannisbeeren 2 Mark das Pfund, Stachelbeeren 2 Mark das Pfund, Him- beeren 2 Mark das Pfund, Waldbeeren 3 Mark das Pfund, Schotenbeeren 70 Pf. das Pfund, Blumenkohl 1 Mark das Pfund, große Kohlen 1 Mark das Pfund. Diese Preise tre- ten sofort in Kraft. Die Preisprüfungsstellen werden an- gewiesen, auf die Durchführung zu achten.

Der franz. Botschafter in Berlin über seine Aufgabe.

Paris, 29. Juni. Der Exzeßior hatte mit dem neuen französischen Botschafter in Berlin, Laurent, eine Unter- redung, in der dieser sagte:

Die auf mich gefallene Wahl schmeichelt mir sehr, sie beunruhigt mich auch etwas. Meine Vergangenheit als Geschäftsmann in finanziellen, wirtschaftlichen und indu- striellen Fragen gibt den Charakter meiner Mission zur Ge- nüge bekannt, in der die Politik notwendigermaßen von dem finanziellen, wirtschaftlichen und industriellen Problem be- herrscht wird. Alles, was ich sagen kann, ist, daß ich in Berlin Frankreich vertreten werde und die französischen In- teressen gemäß dem Friedensvertrag in seinem Sinne und seinen genauen Grenzen. Ich habe vor dem Kriege verschie- dene Reisen in Deutschland unternommen, aber ich halte es für überflüssig, sie bei dem gegenwärtigen Zustand der deutschen Entwicklung zu berücksichtigen. Ich werde mich daher jedem vorgefaßten Urteile enthalten. Ich werde an Ort und Stelle die Leute und die Dinge studieren, und mein Möglichstes tun, um die Anstrengungen anzuerkennen und zu ermutigen, die mir aufrichtig darauf gerichtet zu sein scheinen, die erwünschte Verbindung zwischen der französi- schen Republik und der deutschen Republik herbeizuführen.

Der Kampf um die deutsche Entschädigung.

M. Paris, 29. Juni. In der gestern fortgesetzten Aus- sprache über den Haushalt des Auswärtigen Amtes brachte der gemäßigte Sozialist Aubriot die Anfrage vor, ob es rich- tig sei, daß alle Alliierten jetzt übereingekommen seien, Deutsch- land zu entschädigen. Ministerpräsident Millerand erklärte, daß die Entente zwischen England, Italien und Frankreich niemals enger und vertrauensvoller gewesen sei, als jetzt. Au- briot sprach von der Wiederherstellung, die Deutschland an Frankreich zahlen müsse. Der französische Botschafter in Berlin erklärte, daß die deutsche Entschädigung zahl- und schuldig sei. Vorher man glaube, daß Deutschland nicht alles zahlen könne, müsse man Beweise dafür verlangen, um Wiederherstellung zu machen. Aubriot fügte hinzu, um mehr, als der Krieg Deutschland alle seine Produktionsmittel ge- lassen hat. Aubriot verlangte, daß die Kammer über die in Spa erzielten Ergebnisse unterrichtet werde, was Millerand zusagte, wenn Zeit und Interessen Frankreichs dies gestatten. Delamarter trat für Verhandlungen mit Rußland ein, sah aber keine Notwendigkeit für eine Expedition nach Syrien und Cilicien. Briand erklärte, nachdem er seine Orientpolitik be- reitigt hatte, Frankreich müsse an seine eigenen Interessen denken. England habe das auch getan. Am Tage nach dem Waffenstillstand habe es die deutsche Flotte verlangt, obwohl sie nicht besetzt gewesen sei. Frankreich jedoch, das siegreich aus dem Lande gewesen sei, habe zugegeben, daß die deutsche Flotte mit ihren Kanonen und Geschützen nutzlos sei. Er ver- traue der jetzigen Regierung, daß sie die Interessen Frankreichs wahrnehmen werde. In der Abendsitzung verteidigte Tan- dien in längerer Rede die Orientpolitik Clemenceaus. Briand widersprach an einigen Stellen und verteidigte mit Lebhaftig- keit seinen Standpunkt, namentlich inbezug auf die unter- schiedliche Behandlung, die beim Abschluß des W. W. Ver- trages die deutsche Flotte und das deutsche Meer erfahren hätten. Das deutsche Meer, das jetzt entworfen werden müsse, sei in sein Land zurückgeführt, während die deutsche Flotte nicht mehr bestehe. Das sei eine unterirdische Politik. Tardieu erwiderte ihm, diese Politik hätte mehr Erfolg ge- habt, wenn Briand sie am 11. November 1918 vorgebracht haben würde.

Die neue norwegische Regierung.

M. Christiania, 27. Juni. Die Hauptpunkte der Programmerkklärung der neuen Regierung sind Benutzung der außerordentlichen während des Krieges und noch jetzt in Kraft befindlichen Ausnahmevollmachten nur in dringenden Fällen, stärkere progressive Staatseinkünfte und einmalige Vermögensab- gabe, jede Ausbeutung aller unnötigen Beschränkungen des Er- werbslebens, jedoch das Recht der Kontrolle, Erneuerung der Schiffsahrt- und Handelsverträge, Volksabstimmung in der Alkoholfrage, Maßnahmen gegen die Teuerung und fort- gesetzter Ausbau der sozialen Gesetzgebung unter Berücksich- tigung aller Klassen, jedoch ohne Zudrang ungleicher Dan- kungen.

Die griechisch-englische Aktion.

Paris, 29. Juni. Laut Zeit Parisien wird der grie- chische Vormarsch durch eine britische Aktion verbolksichtigt, deren Beginn noch nicht gemeldet ist, die aber nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. General Milner verfuhr in Konstantinopel über 3000 Mann und werde eine Ko- lonne nach dem rechten Flügel der Griechen dirigieren, um

die Nationalisten einzukesseln. Die Behauptung, daß Mar- schall Joch diese Expedition genehmigt habe, sei nur zum Teil richtig. Lloyd George habe von der Angelegenheit mit Millerand gesprochen und die Operation so dargestellt, als ob es sich einzig darum handle, die Deutschen frei zu machen. Er habe nur die Inbesitznahme der Linie Smyrna- Varderna erwähnt. Die Marschälle Joch und Wilson hät- ten auf Befragen die Operation für ausfühbar vom militä- rischen Standpunkte aus erklärt. Andererseits dürfe man nicht vergessen, daß Marschall Joch zur Eroberung der Klein-Asiens eine Armee von 300 bis 400 000 Mann für er- forderlich halte. Man glaube daher, daß die englisch-grie- chische Aktion nur das Ziel der Befreiung der Dardanellen verfolge.

Politische Rundschau.

Dr. Dörmann.

Der Verl. Lokalanz. meldet: Staatsanwalt Dr. Dörmann, der sogenannte Präsident der Rheinischen Republik, ist vom Disziplinarkollegium zur Entfernung aus dem Amte verurteilt worden.

Die Obstaussuhr aus der Pfalz. Der Wirt- schaftsausschuß der Pfalz beschloß, daß für die Ausfuhr von Obst aus der Pfalz in Mengen von drei Zentnern und mehr der Verbandschein auszugeben ist, bis die Preise, ent- sprechend fallen und die Versorgung gesichert erscheint. Von den landwirtschaftlichen Organisationen wurde ein Antrags- preis von 1.60 Mark, für den sich auch die Mitglieder dieser Organisationen einsehen sollen, als angemessen bezeichnet.

Wiener Bürger gegen den Boykott Ungarns.

Vertreter des Bürger- und Ständekollegiums erschienen beim Staatskanzler Krenner um anzukündigen, daß der Bürger- und Ständekollegium die Technische Hochschule wegen des Boykotts gegen Ungarn zu organisieren bereit wäre, und um anzu- fragen, ob die Regierung diese Aktion unterstützen wolle. Der Staatskanzler erwiderte die Delegation, diese Frage der in wenigen Tagen einzutreffenden definitiven Regierung vor- zulegen, gab aber der Anschauung Ausdruck, daß die zuzu- getretene Regierung mit dem Boykott in keiner Weise sich identifiziert. Sie betrachte diesen Boykott als internatio- nale und soziale Aktion. Die Regierung wünsche nicht, daß die Aktion gegen die Nachbarschaft Anlaß zu unruhen- stiftenden in der Regierung gebe. Die Regierung hoffe auf den Erfolg der demnächst beginnenden Verhandlungen, zu denen sie beigetragen habe, was in ihren Kräften stand.

Die erste Sitzung des Völkerbundes.

Nach einer Sabas-Meldung aus Washington verlangten die Alliierten von Wilson, er solle die erste Versammlung des Völkerbundes einberufen. Man erklärte jedoch in Washington in offiziellen Kreisen, daß eine Einladung nicht sofort erfolgen werde, da man noch nicht über Zeitpunkt und Ort der Tagung einig sei. Die einen wünschten Genf als Tagungsort, die anderen Brüssel.

Präsident Dechanel wieder herzlich. Sabas meldet, daß Präsident Dechanel, dessen Gesundheits- zustand sich bedeutend gebessert habe, beabsichtige, anfangs nächsten Monats nach Paris zurückzukehren. Ich dort etwa zwei Wochen aufzuhalten an der Truppenfront in Lucenay am 14. Juli teilzunehmen und sich dann abermals auf den Weg zu begeben, vermutlich nach einem Badeort.

Um den Botschafterposten in Paris.

Im Echo de Paris befindet sich Marcel Haslin, daß der neue französische Botschafter Laurent seinen Posten in Bel- lin anfangs dieser Woche beziehen wird. Zuvor habe die deutsche Regierung bisher noch keine Schritte bei der fran- zösischen Regierung getan, um ihre Zustimmung für die Ent- oder jene Persönlichkeit zu erlangen, die als deutscher Bot- schafter in Paris in Frage käme. Man glaube, daß diese Posten dem bisherigen Geschäftsträger Dr. Mayer anzu- traut werde. Eine hohe diplomatische Persönlichkeit habe erklärt, daß die französische Regierung sicher ihre Genehmi- gung zur Ernennung Dr. Mayers geben würde, da er als Geschäftsträger in schwierigen Lagen seine Funktionen mit Takt und Kompetenz und mit dem unbestreitbaren Bewußt- nach Berücksichtigung erfüllt habe.

Die internationale Finanzkonferenz. Der „Secolo“ berichtet, begibt sich der italienische Minister der Äußern Graf Toraja am Montag nach Brüssel, um an der internationalen Finanzkonferenz teilzunehmen, die dortselbst auf den 2. Juli einberufen worden ist.

Der Brief Hardings. Weiter zufolge hat der Sekretär Hardings nachträglich zugaben, daß der Brief Hardings, in dem dieser sein Wohlwollen für die lässigen Un- abhängigkeitsbestrebungen anspricht, doch zweifellos echt ist.

Die Lage in Londonberry. Die Lage in London- berry hat sich bedeutend gebessert, doch ruht das Geschick- lichen noch. Hier und da fallen noch vereinzelte Schüsse. In Galtshayne, Riffree und Douth wurden zwei Eisenbahn- züge bzw. ein Kraftwagen mit Passagieren von bewaffneter Banden angehalten, die die Passagiere durchwühlten und an den Boden herumschleuderten.

Ein Versöhnungsausschuß. Ein Versöhnungs- ausschuß, in dem alle Klassen der Bevölkerung vertreten sind, hat sich heute gebildet, um das Ende der Feindschaf- ten in Irland herbeizuführen. Man glaubt, daß der katho- lische und der protestantische Bischof in dem Ausschuß mit- wirken werden.

Krasin verhandelt mit englischen Groß- kaufleuten. Eine Gruppe von Großkaufleuten verhan- delte mit Krasin. Der Führer der Gruppe erklärte nach der Konferenz, daß die Deputierten mit Rußland Abmachungen von großer Wichtigkeit getroffen hätten, und daß es zu- dem noch zu besprechenden Geschäften mit Rußland kommen würde, Krasin hat die Verpflichtungen ge- geben, daß Rußland alle Einkäufe in Gold bezahlen werde.

Die Russen in Persien. Der „Times“ meldet: Konstantinopel nach der „Times“: Die Lage in Mesopotamien hat sich infolge von Gewalttätigkeiten der roten Truppen ver- ändert. Beim Einzug in Erbil haben diese die Bevölkerung entlassen, welche aber Widerstand leistete. Es sich daraufhin Kämpfe entwickelten, bildeten die roten, welche die Stadt hatten eingenommen, zwei Divisionen. Erbil wurde hart beschossen und dann im Sturm genom- men. Die Regierenden roten vertrieben wurde Märschen, was- hingeworfen wurden. Infolgedessen haben sich die Truppen verschiedenen Gegenden gegen die Bolschewiken erhoben. Sie haben ihre Führer festgenommen und sie einem außerordent- lichen Gericht ausgeliefert.

Der persische Außenminister ermordet. Ein Telegramm aus Teheran wurde der Minister des Äußeren ab- geschickt in der Nacht vom 21. Juni in Aherbadschan ermor- det. Die bolschewistische Propaganda in Teheran breitet sich immer mehr aus.

zu haben in der
Druckerei Sommer, Bad Ems u. Diez.

schon öfters an der Tagesordnung gestanden, doch lehnte die Stadtverordnetenversammlung die Magistratsvorlage, Einbauung einer Desinficirung, jedesmal ab. Stadtr. Wägermann gibt dem Magistrat einen Fingerzeig zur Erlangung einer preiswerthen Niederdruckdampfeheizung aus Cranzienstein, die dort unbenutzt ist. Der Magistrat wird sich erkundigen, in die

Stadt. Hr. Münch weist auf den gesundheits-schädlichen Zustand des Mühlgrabens in der Bahnhofstraße hin. Hieran Schluß der Sitzung.

zu haben in der
Druckerei Sommer, Bad Ems u. Diez

Die Kinder.

⌘ Tanz - Abend ⌘

2525252525252525

Lehrling

für die Sommermonate gesucht. Familienanschluß. 29 liegt die Gesch.

4 1101.

Erische Tomat

Röhl sen., Lahnstr.

5 Lose M. 11.50, 10
M. 23.— 20 Los

30000 M bar
A. Eulenberg in

Nassau a. d. L.

a. D. Siebtrautwein
Telefon 592. Karte 9

Emis.

et.	Jucht.	Zinsd
		Frank

Gms.	A. Eule
Def.	Elb